

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 08.03.2018

Von Awanish Kumar und Silva Lieberherr, Mumbai
09.03.2018

Folgen des Neoliberalismus [Indien]

Politischer Streit ist an Indiens Hochschulen nicht gern gesehen



Müssen weiter gegen Kasten- und Geschlechterdiskriminierung kämpfen: Indiens Studentinnen

Foto: Saumya Khandelwal/Reuters

In der Periode nach der wirtschaftlichen Liberalisierung in den 1990er Jahren wurde die universitäre Bildung in Indien vereinheitlicht und professionalisiert. Es gab einen Trend

zur Privatisierung der höheren Bildung. Die gesamten öffentlichen Ausgaben für Bildung machen seither weniger als ein Prozent des indischen BIP aus. Trotzdem empfehlen verschiedene Komitees der Regierung, dass die Universitäten ihre Finanzen durch höhere Gebühren sanieren sollten.

Ermutigt durch solche politischen Signale und eine stetig reduzierte Finanzierung wälzten die Universitäten – die privaten wie die öffentlichen – bereitwillig die ganze Last auf die Studierenden ab. Die höheren Kosten in Verbindung mit einer Reduktion von Stipendien haben dramatische Konsequenzen – vor allem für Hochschüler mit Dalit-, Adivasi- oder OBC-Hintergrund.

Dies zeigt sich eindrücklich im Abschiedsbrief von drei Studentinnen einer medizinischen Universität im Bundesstaat Tamil Nadu, die sich zur gleichen Zeit wie der Student Rohith Vemula (siehe oben) das Leben nahmen: »Unsere Hochschule treibt enorme Gebühren ein. (...) Es gibt keine Betreuung, die mit den Gebühren in einem Verhältnis steht. Wir haben keine Lehre, die uns unterrichten. Wir haben uns oft darüber beschwert. Niemand hat etwas getan. Nachdem wir an diese Hochschule gekommen sind, haben wir mehr gearbeitet als studiert. Seit unserem Studium stehen unsere Familien unter größtem Stress. Der Rektor beleidigt uns immer wieder und nennt uns »Kriminelle«. Wir haben gelitten an dieser Hochschule. Spätestens jetzt – bitte macht etwas gegen diese Hochschule.«

Eine weitere Entwicklung in der Zeit nach der Liberalisierung sind die zunehmenden Verbote von Studierendenorganisationen. An einigen der wichtigsten Universitäten wurden beispielsweise die Wahlen für die studentischen Organisationen ausgesetzt. Die Unterdrückung von Dissens wurde dabei zur Normalität. Zudem wird das Privatleben der Studenten immer stärker kontrolliert und Bürgerwehren wollen ihr sogenanntes Moral - policing, sprich einen bestimmten moralischen Code durchsetzen.

Private Hochschulen, die in Indien wie Pilze aus dem Boden schießen, raten den Studierenden aktiv davon ab, sich politisch zu engagieren. Viele der neuen Fakultäten und Kurse – und in einigen Fällen ganze Universitäten – wurden nach dem Vorbild von Großkonzernen geschaffen. Höhere Bildung wird dort nicht nur als Möglichkeit angesehen, Profit zu machen, sondern auch als wichtiger Ort um Dissens zu unterdrücken. Es ist neu und beunruhigend, dass die Regierung und Bürgerwehren die akademischen Freiheiten der Universitäten so massiv einschränken. Dies insbesondere da die indischen Universitäten und Studierendenorganisationen in der Geschichte eine bedeutende Rolle für politischen Widerstand spielten. So waren etwa Studierende und die Jugend wichtige Akteure in der Unabhängigkeitsbewegung. In den späten 1940er Jahren gründeten sich

zwei große Studierendenorganisationen: die kommunistische All India Students Federation und die hindu-nationalistische Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS). Die politischen Diskussionen an den Universitäten fanden Eingang in die nationalen politischen Debatten und umgekehrt. Dieses Erbe wird nun – trotz Unterdrückung – durch die neuen Proteste wiederbelebt.

Seit der Liberalisierung hat sich auch die Kasten- und Geschlechterdiskriminierung an den Hochschulen verschärft. In Indien gibt es seit der Unabhängigkeit ein System zur aktiven Förderung («affirmative action») von marginalisierten Gruppen. So wurde den Dalit und Adivasi eine Quote von 22,5 Prozent an den Hochschulen zugesichert. 2006 hatte die damalige Mitte-Links-Regierung, unterstützt von linken Parteien, ein Gesetz durchgesetzt, das eine 27-Prozent-Quote für Studierende der OBC an allen Hochschulen einführt. Diese neue Quote für OBC-Angehörige führte zu Protesten von Studierenden höherer Kasten – über politische Grenzen hinweg.

Offizielle Daten zeigen, dass die Hochschulen trotz dieser Gesetze immer noch stark von den höheren Kasten dominiert werden. Der Anteil von Dalits, Adivasi und OBC an den Universitäten steigt zwar langsam und stetig, aber die Quotenpolitik vermochte die Dominanz der höheren Kasten nicht zu brechen. Doch es besteht Grund zur Hoffnung: An den führenden Hochschulen für Sozialwissenschaften könnte der Anteil an Dalit-, Adivasi- und OBC-Studierenden erstmals seit der Unabhängigkeit Indiens die 50-Prozent-Marke übersteigen. Schon jetzt fordert die relative Zunahme von OBC-Studierenden die Macht der höheren Kasten heraus.